



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)

 (030) 72 01 38 84

 (030) 72 01 39 94

 Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

Pressemitteilung vom 10.03.2006 | 15:52

AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Verbraucherschutzpolitik muss integraler Teil von Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik werden

Anlässlich der Plenardebatte zur „Modernen Verbraucherpolitik“ erklärte die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der SPD-Bundestagsfraktion, Mechthild Rawert:

Es darf nicht sein, dass Verbraucherschutzpolitik immer noch als nachsorgende Politik der Reparatur ökonomischen Wildwuchses angesehen wird und nicht als selbstverständlicher, integrierter und integraler Teil von Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik.

Die EU-Kommission zeigt im Bereich Verbraucherschutz eine widersprüchliche Haltung. Einerseits initiiert die Kommission etwa mit dem Grünbuch zur „Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung“ vorbildlich koordinierte Politik, andererseits untergräbt sie mit der Dienstleistungsrichtlinie und der damit verbundenen Wettbewerbspolitik das Grundvertrauen in unser Modell von sozialer Marktwirtschaft.

Für Verbraucherinnen und Verbraucher müssen Wahlmöglichkeiten ohne hohen Informationsaufwand ersichtlich sein, und dies geht nur wenn die Qualität, die Leistung und die Kosten abschätzbar und vergleichbar sind.

Mit den Regeln des Herkunftslandes der Dienstleister wäre diese Grundvoraussetzung für verbraucherfreundliches Wirtschaften nicht machbar gewesen. Daher ist es richtig – insbesondere für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – , dass das Herkunftslandprinzip durch das Europäische Parlament am 16.02.06 gekippt wurde. Nur durch die entschiedene Absage der Sozialdemokraten und den Protest der Gewerkschaften konnte dies erreicht werden.

Wir werden uns auch auf nationaler Ebene entschieden dafür einsetzen, dass die EU-Kommission die erreichten Erfolge nicht wieder in Frage stellen kann. Und wir werden darauf achten, dass die Forderungen, die der Deutsche Bundestag am 30.Juni 2005 beschlossen hat, weiter auf der Tagesordnung bleiben und umgesetzt werden.